Europäische Demokratie in Gefahr?

OTHMAR KARAS

Othmar Karas
ist Politiker und Leiter der ÖVP Delegation im Europäischen Parlament.

Wir leben in unruhigen Zeiten: Finanz- und Wirtschaftskrise, Brexit, Migrations- und Flüchtlingsströme, Globalisierung der Wirtschaft und ein Besorgnis erregender Aufwärtstrend für populistische Bewegungen begleiten uns. Da liegt die Frage auf der Hand: Ist die Europäische Demokratie in Gefahr? Aber auf diese Frage gibt es keine einfache Antwort. Extrempositionen und einseitige Betrachtungen führen nicht weiter. Nur in einem breiten und sachlichen Diskurs können wir den anstehenden Herausforderungen begegnen, im Wandel der Zeit bestehen und die Europäische Demokratie absichern.

Ein gutes Bespiel ist die größte Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise seit hundert Jahren, die wir gerade immer mehr hinter uns lassen. Das größte Problem der Krisenbewältigung in den Jahren 2007 und 2008 war, dass der Euro die einzige Währung der Welt ist, die noch immer kein Staatsgebiet, keine gemeinsame Budgetpolitik und keine gemeinsame Wirtschaftspolitik hat. Doch mit dieser Wahrheit wollte man die europäische Bevölkerung offenbar lange verschonen. Erst in der Krise musste klargemacht werden, dass der „Mangel an Europa“ und Versäumnisse bei der Weiterentwicklung der EU zu einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion die wesentlichsten Ursachen der mangelnden Handlungsfähigkeit Europas waren.

Heute sind wir einen großen Schritt weitergekommen. Die Europäische Union hat die Lehren aus der Krise mit mehr als 50 Rechtsakten gezogen, um Stabilität, Vertrauen und Widerstandsfähigkeit der Finanzmärkte sicherzustellen. Es wurden strenge Kapitalvorschriften für Banken, einheitliche Aufsichts- und Abwicklungsregeln, die Deckelung der Banker-Boni und zahlreiche weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht. Wir sind aber noch nicht am Ziel. Wir müssen die Lehren aus der Krise weiterhin konsequent ziehen und die an ihrem Höhepunkt beschlossenen zwischenstaatlichen Übergangslösungen in Europäisches Gemeinschaftsrecht überführen. Und wir müssen die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden.

Skrupellose Unwahrheiten

Ein Paradebeispiel für die Gefährdung demokratischer Grundsätze ist der Brexit. Der Brexit ist nämlich nicht allein eine Konsequenz der Lohn- und Schuldenpolitik des Vereinigten Königreiches. Vielmehr ist er eine Folge der Verlogenheit der Politik gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Die Brexit-Befürworter haben skrupellos Unwahrheiten verbreitet und die Bevölkerung bewusst irregeführt. Kein einziges Versprechen der Brexit-Befürworter gegenüber der Bevölkerung kann heute oder in Zukunft eingelöst werden. Im Gegenteil werden alle Beteiligten Schaden nehmen, Großbritannien noch mehr als die EU. Das kommt davon, wenn man aus parteitaktischen und nationalegoistischen Gründen mit den Sorgen und Ängsten der Bürger spielt.

Leider sind die Irreführungen im Zuge der Brexit-Kampagnen kein Einzelfall, sondern ein demokratiepolitisches Problem, das vermehrt in Europa zu Tage tritt. Politiker wie Jaroslaw Kaczynski und Viktor Orbán werben gezielt mit Neo-Nationalismus und zunehmend autoritären Systemen um Wählerstimmen. Dabei müssen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Gewaltenteilung für jeden EU-Mitgliedstaat selbstverständlich sein. Doch Die Besetzung der Höchstrichter in Polen zeichnet leider ein anderes Bild. Die polnische Regierung muss bis Ende März jegliche Zweifel am

Rechtsstaat außer Frage stellen. Ansonsten sind die EU-Mitgliedstaaten gefordert, das Sanktionsverfahren nach Artikel 7 des Lissabon-Vertrages wegen schwerer und anhaltender Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit weiter zu verfolgen. Das Europäische Parlament hat seinen Entschluss dazu bereits verabschiedet.

So weit ist es bei der ungarischen Regierung noch nicht. Doch auch die wiederholten Bürgerumfragen von Premier Viktor Orbán sind in Wahrheit kein Ausdruck der Demokratie, sondern reine Stimmungsmache. Wenn man demokratische EU-Entscheidungen, die mit ungarischer Beteiligung zustande gekommen sind, mit nationalen Bürgerbefragungen zu diskreditieren versucht, dann verabschiedet man sich aus der europäischen Mitverantwortung. Man stärkt den Nationalismus und spielt genau jenes Doppelspiel, das in Großbritannien am Ende zu einer Mehrheit der abstimmenden Bürger für den Brexit geführt hat.

Besorgniserregende Tendenzen

Diese besorgniserregenden Tendenzen werden von Einschränkungen der Medienfreiheit und Unabhängigkeit von Journalisten begleitet. Die Morde an der Journalistin Daphne Caruana Galizia in Malta und ihrem Kollegen Jan Kuciak in der Slowakei sind tragische Beispiele. Diese skrupellosen Verbrechen müssen minutiös aufgeklärt werden. Sie zeigen, wie tief der Sumpf aus Geldwäsche, Korruption und Steuerhinterziehung und wie riesig der Handlungsbedarf ist. Die größten Probleme im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche sind der Mangel an europäischer und internationaler Zusammenarbeit, die Uneinigkeit und der Egoismus mancher Mitgliedstaaten und das Fehlen einer gemeinsamen Europäischen Steuerpolitik. Wieder einmal haben wir wegen zu wenig Europa zu viele Steueroasen und zu wenige Handlungsmöglichkeiten. Dass ein einzelner Mitgliedstaat ein Veto einlegen kann, bremst notwendige Entwicklungsschritte immer wieder. Daher brauchen wir eine Änderung der Entscheidungsverfahren mit Mehrheitsabstimmungen unter den EU-Mitgliedstaaten und eine Abkehr von der Einstimmigkeit in der europäischen Steuerpolitik.

Ein vergleichbares Bild zeigt sich in der Debatte über die Migrationsströme: Bisher hat die EU keine Zuständigkeit für den Außengrenzschutz, die Terrorbekämpfung, Sicherheit und Investitionen. Trotzdem fordern die Mitgliedsstaaten die EU ständig auf, diese Aufgaben zu lösen. Wenn wir einen effizienten EU-Außengrenzschutz und offene Grenzen innerhalb der EU wollen, müssen wir der EU die entsprechenden Kompetenzen übertragen, den Außengrenzschutz europäisieren und aus dem EU-Budget finanzieren. Wenn wir europäische Aufgaben gemeinsam finanzieren und koordinieren, dann spart das Geld und erhöht die Effektivität. Wir brauchen eine aufrichtige Debatte über die neuen Aufgaben und deren Kosten.

■ Der Brexit ist eine Folge der Verlogenheit der Politik gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

All diese Entwicklungen zeigen: Wenn es um notwendige Reformen und Veränderungen in Europa geht, dann versagt die Politik dabei, Europa zu erklären, und spielt stattdessen die nationale Karte. So hat die Europäische Union noch viel zu wenige Handlungsmöglichkeiten, um die Globalisierung effektiv gestalten und Krisen bewältigen zu können. Die Rechts- und Wertegemeinschaft, die Demokratie und die offene Gesellschaft sind durch den schwierigen Umgang mit den Problemen vielfach in Gefahr. Eine „Ja/Nein-Demokratie“, Nationalismus, Populismus und die unzulässigen Vereinfachungen komplexer Zusammenhänge können keine Antwort sein. Daher muss es klare Zuständigkeiten zwischen der europäischen und der nationalen Ebene geben, was die demokratische Legitimation, die Kontrolle und die Entscheidungen betrifft. Subsidiarität ist keine Einbahnstraße und heißt nicht „Entweder-oder“, sondern bedeutet eine „effektive Aufgabenteilung“. Wir müssen die Arbeit auf den vielen Baustellen angehen, eine aufrichtige und sachliche Auseinandersetzung mit den Herausforderungen unserer Zeit führen und die Bevölkerung daran ausführlich teilhaben lassen. Ohne eine breite politische und öffentliche Debatte darüber wächst die Gefahr für die Europäische Demokratie. ■